Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Mittwoch, den 3. Mai 1882. Nr. 205.

Des Bußtages wegen erscheint die nächste Nummer unserer Zeitung am Donnerstag Abend.

Deutschland

Berlin, 2. Mai. Der Berliner Mitarbeiter der Wiener „Polit. Korresp." erläutert heute den Passus der Eröffnungsrede über das Tabakmonopol wie folgt:

Wenn der Reichstag das Monopol beharrlich zurückweist, zugleich aber einen anderen gangbaren Reformweg der Steuerverfassung andeutet, so wird die Reichsregierung in eine gewissenhafte Prüfung eintreten. Wenn der Reichstag das Tabakmonopol verwirft, ohne etwas anderes vorzuschlagen, wird die Reichsregierung einige Zeit vergehen lassen, bis die Unmöglichkeit, auf dem bisherigen Wege weiter zu kommen, durch Ueberlastung theils der Gemeinden, theils zunächst der kleineren und bald aller Bundesstaaten sich noch fühlbarer gemacht hat, als im jetzigen Augenblick. Dann wird einer neuen Reichsvertretung der Vorschlag des Monopols wiederum unterbreitet werden. Man sieht, daß bei diesem Plane eine sofortige und überhaupt eine Auflösung des jetzigen Reichstages vor dem Ablauf seiner Mandatsperiode, welche 1884 vollendet sein wird, ausgeschlossen ist.

Dann fährt der Korrespondent fort:

Ist es denn aber so gewiß, wie alle Welt glaubt, daß der jetzige Reichstag das Monopol ablehnt? Das Zentrum hat sich parlamentarisch gegen das Monopol nicht verpflichtet, sondern nur die klerikale Presse hat sich beinahe einstimmig dagegen ausgesprochen. Aber die parlamentarische Fraktion kann nicht durch die Presse verpflichtet werden. Das Zentrum zählt aber in seinen Reihen gewiß einen, wenn nicht mehrere politische Köpfe, welche Folgendes zu begreifen im Stande sind: Falls durch Vermehrung der Reichseinnahmen eine Entlastung der Einzelstaaten nicht zu Stande kommt, falls die Einzelstaaten fortfahren müssen, mit ihrer gesonderten, keiner Steigerung mehr fähigen Finanzwirthschaft neben der Last ihres eigenen Haushaltes die zunehmende Last der Reichsausgaben zu tragen, so wird schon nach einigen Jahren die Existenz der meisten Einzelstaaten, mit Ausnahme Preußens, eine höchst gefährdete sein. Die Erhöhung der Reichseinnahmen erleichtert die Existenz der Einzelstaaten, aber macht sie auch abhängig vom Reiche, welches in sich selbstständig und fest wird. Die Ueberlastung der Einzelstaaten durch ungenügende Entwickelung der Reichsfinanzen läßt zunächst das Reich schwach, befördert aber in schnellem Tempo die Ungleichheit zwischen Preußen und den übrigen Bundesstaaten in Bezug auf die innere Haltbarkeit. Es ist also doch die Frage, ob die weitblickendsten unter den Zentrumsführern nicht den indirekten Weg zur Erweiterung der Einheit, welcher in der Trockenlegung der Reichsfinanzen besteht, als den gefährlicheren erkennen und sich deshalb entschließen, den wenn auch unwillkommenen, so doch bei weitem minder gefährlichen Weg der Stärkung der Reichsfinanzen zu betreten. Es liegt auf der Hand, daß diese Disposition des Zentrums in der Fraktion sofort die Oberhand gewinnen würde, wenn die Verhandlungen mit Rom gerade in der Zeit der parlamentarischen Entscheidung über das Tabakmonopol an einem Scheideweg anlangen sollten.

Ein großer Theil des Liberalismus hat sich in blind verstockte Opposition hineingeredet. Diejenige Presse jedoch, welche dem einsichtigen Führer der Nationalliberalen befreundet ist, deutete kürzlich an, die Nationalliberalen würden unter Ablehnung des Monopols mit einer anderen Basis zu einer entwickelungsfähigen Steuerverfassung des Reiches hervortreten. Ist die Basis gut, so werden die Nationalliberalen einen verdienten Triumph feiern, ist sie unbrauchbar, so werden sie sich hoffentlich zum Monopol bekehren.

— Nach dem „Pester Lloyd" bestände die Absicht, in den herzegowinischen Bezirken entlang der montenegrinischen Grenze die politisch-administrative Geschäftsführung auch fernerhin den militärischen Stationskommandanten zu belassen; diese auf die Dauer von etwa 3 Jahren bemessene Ausnahmsmaßregel solle den Uebergang aus den unsicheren Verhältnissen zur bürgerlichen Verwaltung vorbereiten. Danach scheint die Besorgniß der Ungarn vor der Etablirung einer neuen Militärgrenze in den okkupirten Provinzen wenigstens theilweise sich erfüllen zu sollen. In der nächsten ordentlichen Session der Delegationen soll diesen ein umfassender Gesetzentwurf über die Gesammt-Administration Bosniens zugehen.

Wie der „Agence Havas" aus Kairo von gestern gemeldet wird, verurtheilte das Kriegsgericht zur Degradation und zur Verbannung nach dem Sudan im Ganzen 40 der Verschwörung gegen Arabi Pascha angeklagte Offiziere; unter denselben befinden sich der ehemalige Minister Osman Refki und der Oberst Young. Zu derselben Strafe ist auch Ratif, gegenwärtig in Neapel, verurtheilt worden, der das Komplott organisirte, dessen Anstifter der Ex Khedive Ismail ist. In dem Urtheil ist ferner ausgesprochen worden, daß, da Ismail das ihm von Egypten gewährte Geld für das Komplott verwendet habe, man dem Khedive die Frage der Streichung der Zivilliste für Ismail unterbreiten werde. Die Regierung hat Maßregeln getroffen, um alle Beziehungen Ismails zu Egypten zu verhindern.

— Der russische Botschafter in Paris, Fürst Orlow, wird nicht, wie zuerst beabsichtigt war, direkt von hier nach Paris reisen, sondern sich erst noch heute Abend zu kurzem Aufenthalt nach Baden-Baden begeben und von da nach Paris zurückkehren. Am Montag Nachmittag, nach der Audienz bei dem Kaiser, war der Botschafter, Fürst Orlow, einer Einladung des hiesigen russischen Botschafters, von Saburow, zum Diner nach der russischen Botschaft gefolgt, wo er dann auch den Abend über verblieb.

— Wie aus Passau gemeldet wird, ist der Reichstagsabgeordnete Oberlandesgerichtsrath a. D. Abt gestorben. Derselbe war am 4. März 1811 zu Illertissen geboren und seit 1880 Mitglied des deutschen Reichstags, in welchem er den Wahlkreis 3 Niederbaiern (Passau) vertrat. Abt gehörte der Zentrumspartei an.

— Die „Nordd. Allg. Ztg." bemerkt aus Anlaß einer von ihr dementirten Londoner Zeitungsnachricht, wonach Großfürst Wladimir Vorschläge wegen einer Zusammenkunft der drei Kaiser überbracht habe:

„Das Einverständniß der drei Monarchen ist auch ohne Zusammenkunft gesichert, und es liegen keine politischen Fragen vor, welche einen persönlichen Meinungsaustausch der drei Monarchen erforderlich machten."

— Die Kommandirungen zum Generalstabe, denen in militärischen Kreisen stets mit großer Spannung entgegengesehen wird, sind publizirt worden. Am 1. Mai jedes Jahres wird nämlich eine Zahl jüngerer Offiziere, meist Premierlieutenants, auf ein Jahr zur Dienstleistung beim großen Generalstabe kommandirt, und aus diesen Offizieren, besonders denen, deren Kommando nach Ablauf desselben noch auf ein zweites Jahr verlängert wird, gehen gewöhnlich die Generalstabsoffiziere hervor. Von dem vorjährigen Coetus sind 7 Offiziere in den Generalstab versetzt, 15 sind auf ein ferneres Jahr kommandirt und 22 sind von der Dienstleistung entbunden, während 31 Offiziere aus der Front vom 1. Mai cr. ab zum großen Generalstab kommandirt sind.

— Im Herrenhause hat Graf v. Schlieben folgende Interpellation an die königliche Staatsregierung eingebracht:

1) Ist es der königlichen Staatsregierung bekannt, daß in den östlichen Provinzen des Staates die Parzellirungen — sogenannte Ausschlachtungen — von Bauerngrundstücken in einer, die Existenz des Bauernstandes gefährdenden Ausdehnung in den letzten Jahren zugenommen haben? und

2) gedenkt die königliche Staatsregierung hiergegen einzuschreiten?

— Wie aus Hamburg berichtet wird, ist die Anschlußfrage ihrer Entscheidung wieder um einen Schritt näher gerückt. Bekanntlich war eine ganze Anzahl von Hafenprojekten ausgearbeitet, deren Herstellung je nach dem größeren oder geringeren Umfang der Bauten einen sehr verschiedenen Kostenbetrag erforderte. Endlich hat sich nun die zur Prüfung dieser Projekte niedergesetzte Kommission entschieden, und zwar für das ausgedehnteste und kostspieligste Projekt, welches unter Anderm einen Kanal von 45 Meter Breite in Aussicht nimmt. Trotz der sehr bedeutenden Kosten soll dem Projekt eine Majorität im Senate wie in der Bürgerschaft schon jetzt gesichert sein.

— Die „Köln. Ztg." bringt anläßlich des Antrages der Reichsregierung auf Erhöhung des Schieferzolls von 50 Pfg. auf 3 Mk. eine eingehende Darstellung des Zusammenhangs von Gründerei und Zollpolitik. Im Herbst v. J. erregte bereits ein in vielen Zeitungen veröffentlichtes Inserat Aufmerksamkeit, welches lautete:

„Mit Rücksicht darauf, daß im nächsten Reichstag der Eingangszoll auf ausländischen Schiefer von 50 Mk. auf 300 Mk. pro 200 Ztr. Ladung erhöht werden wird, ist die beste Kapitalanlage der Ankauf guter Schiefergruben im Inlande. Als Vermittler empfiehlt sich ein Fachmann. Franko-Offerten erbittet man u. s. w."

Die „Köln. Ztg." weist nun durch die Mittheilung von Schriftstücken, Zirkularen ꝛc nach, daß eine förmliche Gründungs-Kampagne mit Schiefergruben inszenirt worden ist. Vorläufig hat der Bundesrath derselben einen kleinen Strich durch die Rechnung gemacht, indem er statt der beantragten Versechsfachung nur die — ebenfalls ungerechtfertigte — Verdoppelung des Schieferzolls beschlossen hat. Die Begründung der Erhöhung beschränkt sich zunächst darauf, hervorzuheben, daß die Einfuhr im Jahre 1881 gegen 1880 beträchtlich gestiegen sei, ohne indessen zu berücksichtigen, daß sie gegen die Einfuhr früherer Jahre noch immer beträchtlich zurücksteht. Des Weiteren wird nur dargelegt, daß der deutsche Schieferbau weit unrentabler als der ausländische ist, weil in den Lagern mächtige unbrauchbare Zwischenpartien auftreten, und daß die deutschen Schiefer-Industriellen den ausländischen an geschäftlicher Gewandtheit weit nachstehen. Das genügt, um das Diktum zu motiviren: „Die Erhöhung des Zolles ist im Interesse der inländischen Schiefer-Industrie geboten." Wie man sieht, verschwindet die Rücksicht auf den Konsum immer mehr aus dem Gesichtskreis unserer Zollpolitiker; immer aufdringlicher schiebt sich dagegen das Interesse der Produzenten vor, derart, daß zuletzt der unwirthschaftliche Abbau und die geschäftliche Ungeschicklichkeit als Gründe gelten müssen, welche eine Industrie der besonderen Fürsorge des Staates empfehlen!

— Wie aus Karlsruhe telegraphirt wird, ist der Domdekan Orbin heute Vormittag einstimmig durch das Domkapitel zum Erzbischof von Freiburg gewählt worden und nahm die Wahl an.

Ausland

Wien, 1. Mai. (B. T.) Aus Lemberg wird gemeldet:

Die Zahl der jüdischen Flüchtlinge aus Rußland, welche in Galizien eintreffen, wird immer größer. Auswanderer aus Kitajgrod und Mohilew erzählen haarsträubende Dinge über die Behandlung der jüdischen Bewohner. Aus Grodno wandern 500 Arbeiter aus. Ungefähr siebentausend Judenfamilien haben bei dem Auswanderungsbüreau in Jaffa ihre Niederlassung in Palästina angekündigt. Mit dem morgigen Tage beginnt von allen Theilen Südrußlands der Auszug der Juden; bisher sollen bereits neuntausend Juden das russische Reich verlassen haben.

Paris, 1. Mai. Ein Vertrauensmann Halim Paschas ist hier eingetroffen, um für dessen Sache bei der französischen Regierung zu plaidiren. Allerdings ist es unrichtig, daß unter den Großmächten bereits offizielle Verhandlungen stattfinden über eine etwaige Berufung Halims auf den Thron Egyptens, aber die Verhältnisse haben doch eine solche Wendung genommen, daß diese Eventualität in den Bereich der Erwägungen eingetreten ist. Es herrscht nämlich nach Ansicht der berufensten Kreise kein Zweifel mehr darüber, daß der Hauptgrund der jetzigen egyptischen Wirren in der vollständigen Autoritätlosigkeit und Schwäche des heutigen Vizekönigs Tewfik zu suchen sei, und daß nur in einem Herrscherwechsel das wirksame Mittel gefunden werden könne, um Egypten den Gefahren einer militärischen Anarchie zu entreißen. An eine Wiedereinsetzung Ismaels denkt jedoch keine der Mächte, was auch an Gerüchten hierüber die Agenten Ismaels ausstreuen mögen. Sonach ergäbe sich ein Zurückgreifen auf Halim Pascha, den einzigen noch lebenden Sohn Mehemet Alis, von selbst. Nicht nur, daß dieser Prinz ein Mann von Energie und manchen ihn besonders qualifizirenden Eigenschaften ist, es würde durch seine Thronbesteigung auch das alte islamitische Erbrecht wieder hergestellt werden. Deshalb unterstützt auch die Türkei die Kandidatur Halims in besonderer Weise und speziell dem Sultan würde aus leicht begreiflichen Gründen viel daran liegen, den Ferman, welcher seiner Zeit Ismael gestattete, die Thronfolge in Egypten nach dem Erstgeburtsrechte zu ändern, wieder aufzuheben. Allein soll diese Thronfolge neu geregelt werden, dann drängt sich von selbst die Nothwendigkeit auf, die Türkei als suzeräne Macht mit der Intervention in Egypten zu betrauen, sei es durch Entsendung eines Kommissars, sei es im Nothfall durch militärisches Einschreiten. Die meisten Großmächte scheinen diese Idee bereits ernstlich in den Kreis ihrer Kombinationen gezogen zu haben, und die hohe Pforte hat durch ihre Botschafter solches schon vertraulich zur Sprache gebracht. Frankreich allein verhält sich dagegen noch stark ablehnend. Herr von Freycinet besorgt vornehmlich, damit der gambettistischen Opposition eine gefährliche Handhabe zu bieten, da bekanntlich die Letztere ein Schlagwort daraus gemacht hat, daß eine türkische Intervention gleichbedeutend sei einer Niederlage Frankreichs im Orient und einer Vernichtung des französischen Prestige in Nordafrika. Es ist den Gambettisten allerdings gelungen, einem Theile der öffentlichen Meinung in Frankreich diese Ansicht beizubringen, zumal sie gleichzeitig betonen, daß die westmächtliche Kontrolle in Egypten und Egyptens sonstige Selbstständigkeit und Freiheiten bei einer türkischen Intervention bedroht wären. Hieran denkt die Türkei jedoch keineswegs, und sie würde auch jedenfalls von den Mächten daran gehindert werden. Da außerdem die Mächte in Berücksichtigung der berechtigten Bedenken der französischen Regierung Alles zu thun bereit sind, um einer türkischen Intervention jeglichen Charakter einer diplomatischen Niederlage Frankreichs zu benehmen, so darf man wohl annehmen, daß die französische Regierung schließlich ihren Widerstand dagegen fallen lassen wird. Dennoch liegen die Dinge nicht schon so, daß jene Eventualität bereits in nächster Zeit zu erwarten wäre, vielmehr ist vorläufig noch eine dilatorische Behandlung der egyptischen Frage vorauszusehen. Immerhin aber kann gesagt werden, daß eine türkische Intervention und, damit zusammenhängend, die Einsetzung Halim Paschas immer mehr als die wahrscheinlichste Lösung erscheint.

Die Eisenbahnbeamten von Sedan organisiren für den 10. Mai ein großes Bankett zu Ehren eines unter dem Ministerium Gambetta mit der Ehrenlegion dekorirten dortigen Lokomotivführers. Gambetta, der sonst seit einiger Zeit alle derartigen Einladungen ablehnte, hat die für jenes Bankett an ihn ergangene angenommen. Seine Freunde stellen dabei eine große politische Rede in Aussicht, mit welcher dieser seine Rentrée en scéne machen werde.

Petersburg, 28. April. Je näher der Zeitpunkt der Krönung heranrückt, desto reger und umfassender wird die Thätigkeit der öffentlichen und geheimen Polizei; die Mitgliederzahl der letzteren ist bedeutend größer als diejenige der uniformirten Polizei. Der Kaiser in seinen Manifesten und Botschaften, die Minister in vielfachen Zirkularen haben des Oestern die Gesellschaft zur Mitwirkung aufgerufen, um die innern Feinde zu Boden zu werfen und die revolutionären Schäden des Volksorganismus zu heilen. Wenn nun bisher die Regierung selbst sich nicht gemüßigt gesehen hat, in dem Heilungsprozeß das bisher streng innegehaltene Regime der brutalen Gewalt und rücksichtslosen Vernichtung von Individuen aufzugeben, so darf man sich nicht wundern, wenn die Gesellschaft jenen Aufruf rein äußerlich so aufgefaßt hat, daß aus ihr ein vieltausend[illegible]öpfiger Geheimbund von freiwilligen Polizeispionen sich gebildet, die zur jetzt herrschenden Ueberfüllung der Gefängnisse schon nicht wenig beigetragen hat. Die Regierung Ignatiews begünstigt ausnehmend diesen Bund von geheimen Häschern und „Zarenvertheidigern", zu denen sich vorzugsweise Leute aus den höchsten Gesellschaftsklassen drängen. Eine ähnliche „heilige Druschina" ist auch in Moskau in der Bildung begriffen, um noch bei Zeiten unter den „mit Dynamit arbeitenden" Elementen der Krönungsstadt aufzuräumen. Wenn das außerordentlich zahlreiche Heer der Polizisten aller Schattirungen wirklich sich bewährt, und die Befürchtung, daß wahrscheinlich auch sehr räudige Schafe sich in die „Heerde der Treuen" eindrängen, sich als unbegründet erweist, so dürften sich Diejenigen freudig enttäuscht sehen, die, obwohl ein wahrhaft kolossaler Polizeiapparat in Bewegung gesetzt wird, die Furcht nicht los werden können, daß trotz

alledem die Krönung jäh und schrecklich unterbrochen werden dürfte. Auch der Adel der Gouvernements Petersburg und Moskau hat sich erboten, dem Kaiser während der Krönungsreise als Schutzwache zu dienen. Ueber die Annahme oder Ablehnung dieses patriotischen Opfers verlautet noch nichts, doch soll es nicht an Stimmen fehlen, welche vor dieser „Zudringlichkeit" warnen. Nach Eintritt der milderen Jahreszeit wird der Bahnkörper der Petersburg-Moskauer Eisenbahn der minutiösesten Besichtigung unterworfen, nachdem bei der Station Spirowo ein unterirdischer, sorgfältig ausgemauerter Minengang entdeckt worden ist. Die Inspektion der Bahn ist außerordentlich verschärft worden. Die Oberaufsicht der kaiserlichen Gemächer auf den Eisenbahnstationen ruhte bisher in den Händen der Bahnverwaltungen; sie ist aber jetzt, wie die „Strana" meldet, der lokalen Gensdarmerie übertragen worden. Die Souterrains der kaiserlichen Gemächer wurden seither von Bahnbeamten bewohnt; dieselben haben nun diese Wohnungen verlassen müssen, um Soldaten von der Gensdarmerie Platz zu machen. Die Kosten der Vorsichtsmaßregeln zur Bewachung des Kaisers, der sich vor dem Volke hermetisch verschließt, betragen schon riesige Summen, und die Ausgaben speziell zur Sicherung der Krönung werden die Ersparnißberechnungen des Finanzministers in erheblichem Maße stören.

London, 1. Mai. Am Sonnabend Nachmittag und in der Nacht zum Sonntag richtete ein ungewöhnlich heftiger Sturm hauptsächlich im Süden des Landes, sowie an der Küste fürchterliche Verheerungen an. In Portsmouth wurden drei Personen auf offener Straße getödtet, zwei Matrosen ertranken. Auch sonst sind viele Personen verletzt worden. Viele Schiffsunfälle mit Menschenverlust wurden gemeldet.

In Aberdeen brannte am Sonnabend die große Markthalle, am Jahrestage ihres 40jährigen Bestehens, ab. Der Schaden wird auf 100,000 Pfund Sterling geschätzt. Mehrere Menschenleben gingen verloren.

Provinzielles.

Stettin, 3. Mai. In der letzten General-Versammlung des ornithologischen Vereins berichtete der Vorsitzende Dr. Bauer über die Thätigkeit des Vereins im letzten Vereinsjahr. Der Verein, welcher gegenwärtig 250 Mitglieder zählt, hat 12 ordentliche Sitzungen abgehalten, in denselben wurden 5 größere, verschiedene kleinere Vorträge, ferner diverse Berichte und Referate aus Fachschriften und einschläglichen Werken gehalten. Prämien wurden in den einzelnen Sitzungen vier an Hühnerzüchter, drei an Tauben- und fünf an Kanarienzüchter vertheilt. Schließlich gedachte Redner noch des Verbandes, welcher nunmehr 8 pommersche und mecklenburgische ornithologische Vereine mit ca. 1000 Mitgliedern zählt und der durch diesen gegründeten, bei F. Hessenland erscheinenden Zeitschrift. Hierauf erstattete Herr Renner Namens der Rechnungsrevisoren den Bericht über die Vermögensverhältnisse des Vereins. Vereinnahmt wurden pro 1880 bis 1881 3662 Mark 34 Pf., verausgabt inkl. Kapitalisirung von 1650 Mark 30 Pf. 3469 Mark 96 Pf. Außer der Bibliothek und dem Inventarium ist ein Baarvermögen vorhanden von 4339 Mk. 73 Pf. Da Bücher und Beläge beim Kassirer Herrn Franz Schell in korrektester Ordnung sich befunden, wurde ihm auf Antrag der Kommission der Dank der Versammlung ausgesprochen und dem Vorstand Decharge ertheilt. Sodann wurde der Etat mit 1625 Mk. in Einnahme und Ausgabe nach kurzer Berathung genehmigt und die königliche Bibliothek zu Berlin auf deren Antrag zum außerordentlichen Mitgliede ernannt. Nach der hierauf vorgenommenen Wahl wird der Vorstand wie folgt zusammengesetzt: Vorsitzende: Dr. Bauer, Kaufmann Freese und Kaufmann A. Reimer. Schriftführer: Lehrer Röhl, Dr. Pufahl und Kaufmann Boas. Kassirer: Juwelier Fr. Schell. Materialienverwalter: Brandinspektor Thomas. Beigeordnete: Rentier Scharffe, Rechtsanwalt Markert, Kaufmann Renner und Eigenthümer Claußen. Nach einigen kleineren Mittheilungen lud der Vorsitzende zu den geselligen Versammlungen an den Montagen, im Sommer im Zoologischen Garten, ein und wurde damit die Sitzung geschlossen.

— Der Postdampfer „Nürnberg, Kapt. A. Jaeger, vom Norddeutschen Lloyd in Bremen, welcher am 12. April von Bremen abgegangen war, ist am 30. April wohlbehalten in Baltimore angekommen.

— Der Postdampfer „Kronprinz Friedrich Wilhelm", Kapt. A. Meier, vom Norddeutschen Lloyd in Bremen, welcher am 14. April von Bremen abgegangen war, ist am 30. April 10 Uhr Morgens wohlbehalten in Newyork angekommen.

— Als der Gutsbesitzer Karl August Ferd. Blaurock seine Besitzung in Höckendorf hatte, traf ihn das Unglück, daß er drei Mal in kurzer Zeit von einem Brandschaden heimgesucht wurde. Als er darauf nach Hagen übersiedelte und dort ein Mühlengrundstück übernahm, beeilte er sich, sein Inventar und seine Mobilien zu versichern. Er reichte bei der Greifswalder Mobilien-, Brand- und Hagel-Versicherungs-Gesellschaft eine Versicherungs-Deklaration ein, welche der Ortsbehörde von Hagen zur Revision übergeben wurde. Hier stellte sich heraus, daß viele Gegenstände weit über den Werth aufgezeichnet und zur Versicherung angemeldet waren, wie z. B. ein Pianino, ein Pferd, eine Kuh, welche B. garnicht im Besitz hatte, so daß im Ganzen für 6293 Mk. Mehrversicherung angemeldet war. Die Sache kam zur Anzeige und gegen Bl. wurde Anklage wegen versuchten Betruges eröffnet. In der gestrigen Sitzung der Strafkammer des Landgerichts stand deshalb Termin an und hielt der Staatsanwalt nach längerer Beweisaufnahme die Anklage aufrecht; er nahm an, daß schon eine vollendete Ueberversicherung vorliege und beantragte deshalb eine Geldstrafe von 6293 Mk., ev. 2 Jahr Gefängniß ev. beantragte er wegen versuchten Betruges oder Urkundenfälschung 2 Mon. Gefängniß. Der Gerichtshof erkannte jedoch auf Freisprechung, da er keines der angezogenen Vergehen hier vorliegend annahm, weil durch Einreichung der Versicherungs-Deklaration die Versicherung noch nicht perfekt sei, eine solche Deklaration auch nicht als Urkunde betrachtet werden könne.

Im April v. J. übergab der Zimmermeister Friedr. Schöning in Grabow dem Kaufmann Totte einen von ihm auf den Bauunternehmer C. Wendt gezogenen Wechsel. Wie sich später herausstellte, war das Akzept des „C. Wendt" von Sch. gefälscht und wurde Sch. deshalb wegen Wechselfälschung zur Verantwortung gezogen und gegen ihn auf ein Jahr Gefängniß und Ehrverlust erkannt.

Der Eigenthümer Graff zu Alt-Sarnow hatte im vorigen Jahre durch den Agenten L. bei der Gesellschaft „Phönix" einen Antrag auf Versicherung seines Grundstücks eingereicht, die Versichernng wurde jedoch Seitens der Gesellschaft abgelehnt. L. übergab aus Kollegialität den Antrag an den Agenten Fritz Alb. Obst, den Vertreter der Aachen-Leipziger Versicherungs-Aktiengesellschaft und dieser schrieb denselben ab und reichte ihn bei seiner Gesellschaft ein. Er hatte dabei auch den Namen des Graff ohne dessen Wissen unterschrieben und deshalb zog er sich eine Anklage wegen Urkundenfälschung zu. Er wurde auch für schuldig befunden, mit Rücksicht auf die ganze Sachlage jedoch nur zu 1 Tag Gefängniß verurtheilt.

— Auf dem Grabe des vor längerer Zeit am Fort Preußen tödtlich verletzten und an seinen Wunden im Krankenhause erlegenen Maschinenschlossers Weiß ist seit einigen Tagen ein von seinen Kollegen gewidmeter, von Herrn Steinsetzmstr. F. Fleischer in schwarzem Marmor ausgeführter Gedenkstein errichtet worden.

— Aus Tempelburg meldet uns unser Korrespondent über einen Gattenmord Folgendes: Am Montag Nachmittag hat der Hechelmacher Friedrich Köppe von hier, ein zuweilen dem Trunke sehr ergebener Mensch, welcher mit seiner Frau, Wilhelmine, geb. Raatz, oft in Streit lebte, dieselbe mit einem Messer so unglücklich gestochen, daß sie gegen Abend an der Verletzung bereits verstarb. Köppe hatte, als die Polizei hinzukam, die Stubenthüre verriegelt und öffnete solche auf die Aufforderung nicht, wogegen die in ihrem Blute liegende Frau sich noch einmal auffraffte und den Riegel zurückschob, worauf der Mörder in Haft genommen wurde.

— Bei der Realschule zu Stralsund ist die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Ferdinand Bäker zum Oberlehrer genehmigt worden.

— Gestern traf hierselbst die englische Dampfyacht „Norsemann" ein und legte am Bollwerk in der Nähe des Frauenthors an. Die Yacht, welche eine Größe von 186 Tons und eine Besatzung von 21 Mann hat, gehört einem reichen Engländer, Mr. S. R. Platt, welcher auf derselben mit zwei anderen Engländern eine Vergnügungstour unternimmt. Während die Letzteren bereits auf der Yacht die Reise von Southampton bis hierher zurückgelegt haben, traf Mr. Platt erst gestern Abend von Berlin hier ein. Am Bollwerk umstand während des gestrigen Nachmittags stets eine zahlreiche Menschenmenge das Schiff und bewunderte die wahrhaft luxuriöse Ausstattung desselben.

— In der vorgestrigen Monatsversammlung des Bezirksvereins Oberwiek wurden zunächst mehrere Petitionen, und zwar 1) an den Magistrat und das Konsistorium wegen Abzweigung der Pommerensdorfer Anlagen von der Parochie Pommerensdorf und Zulegung derselben zur Johannisgemeinde, 2) an den Magistrat wegen Anbringung von Petroleumlaternen in der Fürstenstraße, 3) an das Hafenamt wegen Beseitigung des Uebelstandes, der durch das Anlegen der Kähne an das Ufer der Oberwiek verursacht wird und endlich 4) an den Magistrat wegen Regulirung der ganzen Bellevuestraße, in ihrem Wortlaut zum Vortrage gebracht und von der Versammlung genehmigt. — Bezüglich der Frage wegen Bildung eines Zweigvereins des Stettiner Zentral-Pflege-Vereins für die Oberwiek gab Herr Rademacher einen kurzen Abriß über Einrichtung und Zweck eines solchen Vereins. Zunächst müsse der zu bildende Verein ein für sich völlig selbstständiger sein. Der Zentralverband habe nur den Zweck, dafür zu sorgen, daß die einzelnen Vereine eine Stelle fänden, wo ihnen Auskunft über die betreffenden Armen und ihre Hülfsbedürftigkeit ertheilt werde. Der Bezirksverein müsse die Leitung des in verschiedene kleinere Abtheilungen mit je einem Vorstande zu theilenden Vereins übernehmen und namentlich Damen zu Vorstandsmitgliedern heranziehen. Jedem Mitgliede dieser Abtheilungen müßten bestimmte Familien zugetheilt werden, damit für die nöthige Kontrole und die ungesäumte Zufertigung des bei eintretenden Unterstützungsfällen Nöthigen gesorgt werden könne. Der Zentralverband würde sich verpflichten, dem Verein eine Diakonissin zu gestellen. Es wird beschlossen, erst noch umfassendere Informationen einzuziehen und in der nächsten Sitzung den Gegenstand näher zu erörtern und wurde Herrn Rechtsanwalt Dr. Treptow das Referat übertragen. — Demnächst gelangte die etwaige Begründung einer Zweigschule des hier bestehenden Samaritervereins zur Diskussion. Herr Dr. Kleingünther erklärte sich als ganz entschiedener Gegner dieser Einrichtung; es komme nicht so sehr auf schnelle Hülfe, als vielmehr auf die zweckentsprechende an; eine solche könne aber nur ein Arzt leisten. Man würde auf diese Weise nur Pfuscher heranziehen, zumal wenn man auch sogar noch Diplome verabfolge, die dazu beitragen würden, daß man den so Ausgerüsteten ein unberechtigtes Vertrauen entgegenbringe und sie so fast dazu dränge, es nicht bei der ersten Hülfe bewenden zu lassen. Redner beantragt schließlich über die vorliegende Frage zur Tagesordnung überzugehen. Es entwickelt sich eine kurze Debatte, deren Ergebniß zu dem Beschlusse führt, Herrn Sanitätsrath Dr. Fränkel um einen ausführlichen Vortrag in dieser Angelegenheit zu bitten; auch sollen von Kiel Erkundigungen über die Erfolge des dortigen Vereins eingezogen werden. In der Angelegenheit betreffend die Neuanlage einer Straßenbahn auf der Linie Dampfschiffbollwerk-Oberwiek referirte Herr Direktor Kohlstock. Derselbe führte an, daß die Behörden im Prinzip nicht gegen die Anlage sich ausgesprochen hätten; im Laufe der Zeit habe sich aber eine Gegenpartei herausgebildet, welche in einer Massenpetition gegen die Anlage agitire. Hierzu habe sich der Protest des Vorsteheramtes der Kaufmannschaft gesellt, welches als Sachverständiger sich für verpflichtet gehalten habe, zu erklären, daß die Pferdebahn längs des Bollwerkes nicht möglich sei, so lange zwischen der Langenbrücke und dem Fischmarkte Dampfschiffe löschten. Der Magistrat habe den Protest, soviel Redner erfahren, als gerechtfertigt anerkannt. Pflicht des Vereins sei es nun, auch dessen Interessen zu vertreten, um eine Vereinigung zwischen den betreffenden Behörden herbeizuführen. Es gelangte in Folge dessen eine bezügliche Petition an den Magistrat, von welcher auch der Polizeidirektion Kenntniß gegeben werden soll, zur Verlesung, in welcher zur Entkräftung des gegnerischen Protestes geltend gemacht wird, daß die entlegenen Stadttheile mit dem Zentrum der Stadt in Verbindung gebracht und ihnen dadurch die Vortheile verschafft werden müssen, welche die Ortschaften unterhalb der Oder längst besäßen, obgleich sie nicht im Kommunalbezirke Stettins lägen; die Bedürfnißfrage der Straßenbahn am Bollwerk sei durch den dort herrschenden Personenverkehr bewiesen. Falls in Folge des Protestes der Kaufmannschaft vor der Hand die Pferdebahn am Bollwerk nicht zur Verwirklichung gelangt, wird der Magistrat ersucht, die Bahn Langebrücke-Oberwiek zu konzessioniren, da mit der Zeit die Hindernisse und Bedenken gegen die Bollwerkbahn schwinden und die Vollendung dieser Theilstrecke unangefochten als Bedürfniß erkannt werden würde. Die Petition, welche nach Ansicht des Herrn Dr. Treptow im allgemeinen Interesse liegt, dem Sonderinteressen weichen müßten, wurde einstimmig angenommen.

(N. St. Z.)

Vermischtes.

— (Wie man's treibt, so geht's.) Unter diesem Titel veröffentlicht der Straßburger „Kirchenbote" folgende zeitgemäße Bemerkung: „Es ist viele Noth im Lande; aber es machen sich Viele unnöthige Noth. Alles klagt und Alles — raucht! Alles bejammert den Weinmangel und tröstet sich — beim Wein! Viele jammern über die Brodpreise und kaufen — eine theure Feder auf den Hut! Lamentiren über die Feste und — besuchen möglichst viele! Rufen nach Staatshülfe und — wandern aus!"

— Zu den neuesten Erfindungen gehört die drehbare Hacke an Schuhen und Stiefeln, wodurch das „Schieflaufen" verhindert werden soll, und ein Hundehalsband mit Buckeln, worin Insektenpulver enthalten, das durch seine Kanäle bildende Messingröhrchen allmählig zum Halse des Thieres vordringt, durch die Bewegung über das ganze Fell verstreut wird und so die kleinen blutgierigen Plagegeister von diesem bisher fast unbestrittenen Territorium vertreibt.

— (Von den Hochzeitsfeierlichkeiten am englischen Hofe.) Aus London wird geschrieben: Die Hochzeitsgeschenke, welche Prinz Leopold und seine Braut bereits empfangen haben, sind ebenso zahlreich als prachtvoll und nehmen einen ganzen großen Saal des Windsorschlosses ein. „Daily News" bringt eine Beschreibung der hervorragendsten Geschenke. Die Königin beschenkt ihren Sohn mit dem von Karl Sohn gemalten lebensgroßen Portrait seiner Zukünftigen. Unter den übrigen Geschenken befinden sich: eine prachtvolle goldene Bowle von Sir Nathaniel de Rothschild; ein zehnarmiger Kandelaber aus massivem Silber, sowie ein mit Diamanten besetzter Stern des Distelordens, dessen Inhaber Prinz Leopold ist, vom schottischen Adel; eine große Uhr von Lecluse von der Herzogin von Wellington; einen russischen Liqueurkasten mit Pokalen an Stelle der Gläser vom Herzog von Edinburg; eine prächtige silberne Schüssel vom Marquis von Salisbury; ein goldenes Theeservice von Lady Molesworth, ein antiker silberner Kuchenkorb von Baron Ferdinand Rothschild, ein prachtvoller Toilettenkasten vom Bachelorsklub, ein Paar silberne Kandelaber im Gewichte von 445 Unzen von den Mitgliedern der Christchurch Society of Oxford, ein prachtvoller Konzertflügel von den Angestellten der Pianofortefabrikanten John Brinsmand und Sons u. s. w. Ein interessantes Geschenk kommt von Lord Rowton, dem ehemaligen Privatsekretär Lord Beaconsfield's. Dasselbe besteht aus den prächtig eingerahmten Unterschriften, welche die Delegirten des Berliner Kongresses unter den Entwurf des Berliner Vertrags setzten. Der Premierminister Gladstone sandte ein Exemplar von „Gleanings of Past Years" mit folgender Widmung: „Humbly presented by the autor to H. R. H. Prince Leopold, Duke of Albany, on his marriage, with respectful but hearty congratulations and good wishes. London, April 1882." — Eine Deputation des Gemeinderaths von Windsor überreichte dem Brautpaare zu seiner bevorstehenden Vermählung eine Glückwunschadresse und das Hochzeitsgeschenk der Einwohnerschaft von Windsor, ein kostbares Brillantenarmband und Ringe.

— Nicht genug damit, daß man Guiteau erlaubte, an der Thür einer seiner Zellen die Preise seines Namenszuges und der mit demselben verknüpften frommen Sprüchlein und die Preise seiner Photographie anzuschlagen, er darf derartige Verkaufsanzeigen auch in Washingtoner Zeitungen einrücken. Man gestattet ihm auch, in Washingtoner Blättern sogar große Anzeigen über den Verkauf der von ihm veranstalteten neuen Auflage seines „theologischen Buches" einzurücken, und in diesen Annonzen anzukündigen, daß die neue Auflage auch von der „Beseitigung des Präsidenten Garfield" handle. In denselben Anzeigen wird gesagt, der einzige Verkaufsplatz für dieses Buch ist beim Verfasser im Gefängniß — „at the United States Jail" — zu Washington. Auch in der Branche „alter Kleider" darf er Geschäfte machen; er darf den Rock und die Hosen, welche er trug, als er Garfield schoß, als „geschichtliche Merkwürdigkeit" zum Verkaufe anbieten. Es ist in der That doch ganz merkwürdig bestellt mit der amerikanischen Justizpflege.

Telegraphische Depeschen.

Augsburg, 2. Mai. Die „Allg. Ztg." sagt, die baierische Regierung habe gegen die Anschauung, daß das Monopol an und für sich die zweckmäßige Form der Tabakbesteuerung sei, keine Einwendung erhoben, ihre ablehnende Haltung basire auf Bedenken hinsichtlich der mit Durchführung des Monopols verbundenen volkswirthschaftlichen Rückwirkungen und in Bedenken darüber, ob die Monopolerträgnisse genügend sein würden, jene Nachtheile auszugleichen.

Petersburg, 2. Mai. Verschiedene Blätter veröffentlichen den Urtheilsspruch in dem seit 1½ Monat dauernden Intendanturprozeß gegen Makscheew und Genossen. Nach demselben sind der Wirkliche Staatsrath Makscheew, Priorow, Schestakow und Karassewitsch zum Verluste des Adels, des Ranges, der Orden und aller besonderen Rechte und zur Verbannung nach Tomsk resp. Archangel und Perm verurtheilt worden. Die übrigen Angeklagten erhielten kleinere Strafen. Der der Krone verursachte Schaden muß von Makscheew und Priorow ersetzt werden. Freigesprochen wurden die Angeklagten Oberst Nawrozki und Oberst Tscheglokow, Hofrath Spitzbarth, Kollegiensekretär Akimow und die Kaufleute Wolstein, Kaminka, Warschawsk und Chotimski. Das Urtheil gegen Makscheew, Priorow, Schestakow und Karassewitsch wird durch den Kriegsminister dem Kaiser unterbreitet werden.

Petersburg, 2. Mai. Das „Journal de St. Petersbourg" sagt, der Barrère'sche Vorschlag in Betreff der Donau-Kommission sei dem Ministerium des Aeußern am letzten Sonnabend zugegangen. Der Minister habe Kenntniß davon genommen; die von Paris verbreitete Nachricht von der bereits erfolgten Zustimmung der kaiserlichen Regierung sei also jedenfalls verfrüht.

Riga, 1. Mai. Wie die „Rigaische Zeitung" meldet, ist am 28. v. M. gegen den Baron Nolcken-Appricken bei Hasenpoth (Kurland) ein Agrarverbrechen verübt worden, indem aus einem Gebüsche am Wege ein Schrotschuß auf denselben abgefeuert wurde. Der Baron verlor ein Auge und wurde am Arm und an der Schulter verwundet. Die Verbrecher entflohen. Einige Wochen vorher war auf dem Gute Nolcken's eine Brandstiftung entdeckt worden.

Bukarest, 1. Mai. Gerüchtweise verlautet, der Ministerpräsident Bratiano habe in Folge der Haltung des Senates bezüglich der Frage der landwirthschaftlichen Verträge seine Entlassung genommen.

Die Regierung hat bereits alle Senatoren und Deputirten zu einer geheimen Versammlung eingeladen behufs Mittheilung des Projektes Barrère.

Madrid, 1. Mai. Der Abg. Castelar erklärte in der Kammer, er bewahre seine republikanische Meinung, halte aber eine wohlwollende Stellung der Kammer gegenüber einem liberalen Kabinet wie das Kabinet Sagasta für nothwendig und werde dasselbe wegen des Handelsvertrages mit Frankreich nicht bekämpfen.

London, 1. Mai. Unterhaus. Der Präsident des Handelsministeriums, Chamberlain, erwiderte auf eine Anfrage Birkbeck's, alle Mächte, welche auf der im Haag abgehaltenen Konferenz über Fischerei-Angelegenheiten vertreten gewesen, mit Ausnahme von Schweden und Norwegen, hätten die vorgeschlagene Konvention gebilligt. Die englischen Bevollmächtigten würden morgen zur Unterzeichnung der Konvention nach Holland abgehen.

Unterstaatssekretär Dilke entgegnete Worms, es sei ihm nicht bekannt, ob die Vereinigten Staaten in Petersburg Schritte zu Gunsten der jüdischen Bevölkerung gethan hätten. Die englische Regierung sei der Ansicht, daß offizielle Vorstellungen in dieser Hinsicht eher ein ungünstiges als ein günstiges Resultat haben würden.

Dem Deputirten Wolff erklärte Dilke, es stände noch nichts Definitives über die Absichten des Sultans bezüglich der einzuführenden Reformen fest; der Sultan habe dem englischen Botschafter gegenüber zu wiederholten Malen den Entschluß geäußert, Reformen einzuführen.

London, 2. Mai. Das Unterhaus nahm schließlich die Berathung der Cloturebill wieder auf. Nach einer bis in die Morgenstunde ausgedehnten Debatte wurde das Amendement O'Donnel's, welches, anstatt dem Sprecher, dem Minister die Initiative zu dem Antrag auf Cloture überlassen will, mit 220 gegen 164 Stimmen abgelehnt.